

560009-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros – Zu- und Ersatzbauten zur Erreichung der 6-Zügigkeit inkl. Sportanlagen für die Grundschule Islandstraße in Hamburg-Wandsbek - Objektplanung gem. §§ 33 HOAI mit Lösungsvorschlag
OJ S 154/2026 12/08/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung – Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: SBH | Schulbau Hamburg

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Zu- und Ersatzbauten zur Erreichung der 6-Zügigkeit inkl. Sportanlagen für die Grundschule Islandstraße in Hamburg-Wandsbek - Objektplanung gem. §§ 33 HOAI mit Lösungsvorschlag

Beschreibung: Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 01.01.2013 gemäß § 26(1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche aller allgemeinbildenden und beruflichen staatlichen Schulen beträgt etwa 9,1 Mio. qm und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. qm. In dieser Tätigkeit wird SBH mit den Zu- und Ersatzbauten, der Sanierung und den Abbrüchen am Schulstandort Grundschule Islandstr. 25 beauftragt. Im Weiteren siehe Ziffer 5.1.6 Allgemeine Informationen - Zusätzliche Informationen.

Kennung des Verfahrens: f39b85f3-ec99-489e-a23e-aaed1f5dcc67

Interne Kennung: SBH VgV VV 066-26 MR

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Leistungsbeginn: unmittelbar nach Beauftragung Angaben der Bewerber gemäß § 122 GWB ff. bzw. § 75 VgV. Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen elektronisch einzureichen: - ausgefüllter Bewerberbogen, - Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Handelsregister oder Äquivalent nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Kopie); - Anlage 1B: Eigenerklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck); - Anlage 1C: Eigenerklärung zur wirtschaftlichen Verknüpfung/Zusammenarbeit (Vordruck); - Anlage 1D: Eigenerklärung zur Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck); - Anlage 1E: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes (Vordruck); - Anlage 1F: Eigenerklärung gem. 5. RUS-Sanktionspaket (Vordruck); - Anlage

1G: Anerkennung der Verarbeitung unternehmensbezogener Daten (Vordruck) - Anlage 1H: Eigenerklärung zu einer vergaberechtlichen Fortbildung mit dem Schwerpunkt VOB Teile A/B /C (Vordruck); - Anlage 1I: Eigenerklärung zur Bereitschaft zur Teilnahme an einer Fortbildung zur Inklusion an staatlichen Schulen oder zum barrierefreien Bauen gem. DIN 18040 (mind. Teil 1) (Vordruck); - Anlage 1J: Vollmacht des Vertreters im Falle einer Bietergemeinschaft (Vordruck); - Anlage 1K: Angaben zu Auftragsanteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck); - Anlage 1L: Eigenerklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck); - Anlage 1M: Eigenerklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck); - Anlage 2A: Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (Kopie); - Anlage 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers (Vordruck); - Anlage 3A1: Nachweis der Befähigung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen (Kopie); - Anlage 3A2: Berufliche Qualifikation des vorgesehenen Projektleiters (Kopie); - Anlage 3B: Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten; - Anlage 3B1 und 3B2: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten unter Angabe von: Projektbeschreibung, Leistungsumfangs- und -zeitraum, Baukosten, maßgeblich beteiligten Mitarbeitern / des Projektleiters, Bauherren mit Ansprechpartner + Telefonnummer, Referenzschreiben oder -bestätigung vom AG nach Abschluss der beauftragten Leistungen; - Anlage 3C: Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl in den letzten drei Geschäftsjahren (Vordruck). Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerberbogen auszufüllen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 450 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 01.01.2020) mit der Leistungsphase 8 (Objektplanung) abgeschlossen und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-6 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte) und vergleichbare angestrebte Qualität (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 22 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens. Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es

wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte anhand der im Bewerberbogen vorgegebenen Formulare zu dokumentieren. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerberbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend den zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem Bewerberbogen sowie der beigegefügt Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen zugelassen. Die Bewerbung ist in Textform zu unterschreiben (Näheres siehe Verfahrenshinweise). Die in den Verfahrenshinweisen aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden, Fortbildungsnachweis) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen. Die Darstellung der Referenzen muss im Format DIN A3 gut erkennbar sein. Mit dem Angebot ist ein Nachweis über die vollständige und zeitgerechte Entrichtung der Sozialabgaben (in Kopie, von einem Sozialversicherungsträger oder einer Sozialkasse, alternativ durch Erklärung des Steuerberaters) und die Bescheinigung über die ordnungsgemäße Entrichtung der Steuern des jeweiligen Finanzamtes (gültig und nicht älter als 12 Monate) einzureichen. Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind zwingend zu beachten und bindend. Die Vergabestelle prüft die eingegangenen Bewerbungen bzw. Angebote. Fehlende Nachweise und Unterlagen werden mit angemessener Frist (in der Regel 6 Kalendertage ab Versand des Nachforderungsschreibens) nachgefordert. Werden nachgeforderte Nachweise oder Unterlagen nicht innerhalb der gesetzten Frist vorgelegt, kann dies zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen. Hinweis: Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen. Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen. Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet. Im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde am 8. April 2022 durch das 5. EU-Sanktionspaket mit Art. 5k in die Russland-Sanktionsverordnung 2014/833 ein unmittelbar und seit dem 9. April 2022 geltendes Zuschlags- und Erfüllungsverbot für öffentliche Aufträge und Konzessionen oberhalb der EU-Schwellenwerte mit russischen Staatsangehörigen und Unternehmen eingeführt. Danach ist es verboten öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter

Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen: a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden (Eignungsleihe). Das Nichtvorliegen dieser Ausschlussstatbestände ist durch den Bewerber mit Teilnahmeantrag in Form einer Eigenerklärung zu erklären.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv - VgV - Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem öffentlichen Teilnahmewettbewerb
gem. § 17 VgV

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Zu- und Ersatzbauten zur Erreichung der 6-Zügigkeit inkl. Sportanlagen für die Grundschule Islandstraße in Hamburg-Wandsbek - Objektplanung gem. §§ 33 HOAI mit Lösungsvorschlag

Beschreibung: Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 01.01.2013 gemäß § 26(1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche aller allgemeinbildenden und beruflichen staatlichen Schulen beträgt etwa 9,1 Mio. qm und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. qm. In dieser Tätigkeit wird SBH mit den Zu- und Ersatzbauten, der Sanierung und den Abbrüchen am Schulstandort Grundschule Islandstr. 25 beauftragt. Im Weiteren siehe Ziffer 5.1.6 Allgemeine Informationen - Zusätzliche Informationen.

Interne Kennung: 0a5bcbad-caaf-41e3-b3b3-aa2cd3b8113a

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Erwerber behält sich das Recht vor, zusätzliche Käufe vom Auftragnehmer zu tätigen, wie hier beschrieben: - Leistungsphasen 3 bis 8 Objektplanung gem. §§ 33 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Erstellen von Bestandsplänen als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Mitwirken in allen beauftragten Leistungsphasen bei der Ermittlung und Beantragung von Investitions- und Fördermitteln sowie bei der Erstellung von Zwischen- und Verwendungsnachweisen als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Mitwirken in allen beauftragten Leistungsphasen bei der Nachhaltigkeitszertifizierung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Sicherstellung der Kostentransparenz im Projektverlauf: Aufstellen und Fortschreiben einer vertieften Kostenberechnung nach Positionen einzelner Gewerke sowie stufenweise Kostenverfolgung abgestellt auf die zuletzt freigegebene Leistungsstufe als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Umzugs-/ Auslagerungsmanagement als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gem. §§ 33 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1

Stadt: Hamburg

Postleitzahl: 20355

Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 48 Monate

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 565 000,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen**Vorbehaltene Teilnahme:**

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag

Auftragsvergabeprojekt ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Beim Schulstandort Islandstr. 25 handelt es sich um eine 4zügige Grundschule, welche sich im Bezirk Wandsbek befindet. Derzeit lernen hier rund 484 SuS. Die Grundschule wurde in den 70ern Jahre errichtet. In 2018 wurde der Standort um eine Gymnastikhalle erweitert und in 2020 wurde der Standort zur Erreichung der 4zügigkeit bereits um ein Hamburger Klassenhaus erweitert. Derzeit befinden sich auf dem Standort eine Sporthalle (Geb.-Nr. 03) Baujahr 1975, einer Gymnastikhalle (Geb.-Nr. 04) Baujahr 2018, dem Eingangszentrum (Geb.-Nr. 01) Baujahr 1975, Klassengebäude (Doppel H) (Geb.-Nr. 02) Baujahr 1972 saniert 2021-2024, Hamburger Klassenhaus (Geb.-Nr. 05) Baujahr 2020 und einer Hausmeisterwohnung (im Geb.-Nr. 01) Baujahr 1975. Die Außenanlage hat einen

umfangreichen Baumbestand, der weitestgehend erhalten bleiben werden soll. Die Realisierung der Gymnastikhalle erfolgte durch das Büro Kleta. Das Büro ist von der Teilnahme am Verfahren nicht ausgeschlossen. Die Umsetzung des Hamburger Klassenhauses erfolgte durch die ext. PS Turner&Townsend, die Objektplanung erfolgte durch das Büro DNA. Beide Büros sind nicht vom Verfahren ausgeschlossen. Eine Machbarkeitsstudie wurde mit dem Büro DNA durchgeführt. Auf Grundlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie wurde eine Phase Null veranlasst. Die Phase Null wurde von dem Tandem Jörn Simonsen und Sussane Backer durchgeführt. Das Ergebnis der Phase Null ist Bestandteil der Planungsgrundlagen. Derzeit stehen weitere Bedarfe seitens des ansässigen Sportvereins im Raum, welche mit dem Bezirk noch geklärt werden müssen. Nach Abschluss der Klärung sind diese Bedarfe ebenfalls Inhalte der Planungsgrundlagen. Weiterhin hat das Büro DNA bereits die ext. PS für die Sanierung des Doppel H Gebäudes inne gehabt und betreut derzeit noch die Sanierung der Außenanlagen. Erforderliche Vorkenntnisse sowie die Machbarkeitsstudie werden den Bietern mit der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt zumindest auszugsweise. Dementsprechend wird das Büro nicht vom Verfahren ausgeschlossen. Ein gesamtheitliches Konzept unter Berücksichtigung der erforderlichen Abrisse im laufenden Schulbetrieb inkl. erforderlicher Auslagerung ist zu erarbeiten unter Berücksichtigung der Gesamtfertigstellung in 2031. Die abzureißende Einfeldsporthalle bleibt bis zur Fertigstellung des Zu-/ Ersatzbaus in Betrieb, dies muss zwingend berücksichtigt und im gesamten Bauablauf gewährleistet werden. Die Baufeldfreimachung für den Zu-/ Ersatzbau erfolgt im Vorfeld des Baubeginns des Zu-/ Ersatzbaus. Die im Zusammenhang der Ersatzbauten abzureißenden Gebäude sind ebenfalls umzusetzende Maßnahmen am Standort. Bzgl. der Schnittstellen zu der Sanierung der Außenanlagen sowie der erforderlichen Abrisse ist eine enge Abstimmung gefordert. Alle Maßnahmen erfolgen im laufenden Schulbetrieb, sodass die Bestückung der Baustelle und die Wegeführung der SuS eine besondere Berücksichtigung finden. Der Ablauf der Maßnahmen soll nach Möglichkeit mit einer minimalen Auslagerung des Schulbetriebes erfolgen. Auf dem Standort befinden sich derzeit pädagogische mobile Klassen, um den Bedarf an Klassen entsprechend der derzeitigen Anmeldungen zu decken. Die mobilen Klassen werden nach Umzug in den Neubau zurückgebaut. Auf Grund der unterschiedlichen Maßnahmen und des damit verbundenen abschnittswisen Gesamtablaufes ist hier eine Betrachtung von sowohl terminlichen, schulischen als auch wirtschaftlichen Aspekten erforderlich. Wirtschaftlichkeit in Planung, Ausführung und Betrieb, die Minimierung der Lebenszykluskosten und eine hohe Energieeffizienz der Gebäude (EG 40) werden erwartet. Ziel ist es das Gebäude nach DGNB (Standard Gold angestrebt) / QNG zertifizieren zu lassen. Ein stetiger Austausch mit dem Energieberater wie auch dem Auditor sind erforderlich, um die Einhaltung für die Nachweisführung der angestrebten DGNB/ QNG Zertifikate zu ermöglichen. Die Schule ist in Abstimmung mit dem Bauherrn eng in die Planung einzubeziehen, um die nutzerspezifischen Anforderungen optimal umsetzen zu können. Des Weiteren sind die Vorgaben der SBH/ LBBau/ LBFM nebst Anlagen sowie die aktuelle Musterplanung Sporthallen zu berücksichtigen und im Planungsprozess umzusetzen. Es ist eine platzsparende Lösung auch im Hinblick auf die erforderlichen Außenanlagenflächen zu erarbeiten. Der Fußabdruck soll möglichst gering ausfallen, sich in den Schulstandort wie auch die Umgebung integrieren, eine Möglichkeit wäre die Stapelung der Einfeldhallen (in diesem Fall würden die Flächen/ Kosten entsprechend den Erfordernissen angepasst werden). Für die Umsetzung der Gesamtmaßnahmen am Standort ist ein Baukostenbudget (KG 200-600) von ca. 8,5 Mio. netto vorgesehen. Die Baumaßnahmen sollen während des laufenden Schulbetriebs erfolgen. Die Kosten für Interimslösungen wie mobile Klassenräume sind innerhalb des Gesamtbudgets auszugleichen. Die Planung ist dem Kostenrahmen anzupassen. Durch die im Teilnahmewettbewerb ausgewählten Büros sollen in der Verhandlungsphase

Lösungsvorschläge gem. § 76 (2) VgV erarbeitet werden. Das voraussichtliche Leistungsbild des geforderten Lösungsvorschlags ist dem Dokument „Verfahrenshinweise“ zu entnehmen. Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus: - Leistungsphase 1-2 Objektplanung gem. §§ 33 HOAI; - Leistungsphasen 3 bis 8 Objektplanung gem. §§ 33 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung der AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Erstellen von Bestandsplänen als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Mitwirken in allen beauftragten Leistungsphasen bei der Ermittlung und Beantragung von Investitions- und Fördermitteln sowie bei der Erstellung von Zwischen- und Verwendungsnachweisen als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Mitwirken in allen beauftragten Leistungsphasen bei der Nachhaltigkeitszertifizierung als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Sicherstellung der Kostentransparenz im Projektverlauf: Aufstellen und Fortschreiben einer vertieften Kostenberechnung nach Positionen einzelner Gewerke sowie stufenweise Kostenverfolgung abgestellt auf die zuletzt freigegebene Leistungsstufe als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Umzugs-/ Auslagerungsmanagement als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen); - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen Objektplanung gem. §§ 33 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen). Vertreter der Schule, der BSFB und der HGV werden neben dem Auswahlgremium des Auftraggebers ggf. in beratender Funktion an den Vergabeverhandlungen teilnehmen. Das externe Projektsteuerungsbüro tandem.pm GbR wird ebenfalls an den Verhandlungen teilnehmen. Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch das Büro D&K drost consult GmbH aus Hamburg unterstützen und beratend begleiten.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung Beschreibung:

2A: Nachweis über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung: Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) über eine bestehende Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden). Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Bei Bietergemeinschaften ist mit den Bewerbungsunterlagen eine Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfalle eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Eignungskriteriums: Durchschnittliche jährliche Belegschaft Beschreibung:

3C: Eigenerklärung über die Beschäftigtenanzahl: Eigenerklärungen über die Beschäftigtenzahl durch Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter mit entsprechender fachlicher Qualifikation der letzten 3 Geschäftsjahre. Für den Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI sind mind. 5 festangestellte Architekten oder Bauingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. (Anzahl an Personen maßgeblich, nicht das wöchentliche Stundenvolumen) im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Beschäftigtenanzahl aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Beschäftigtenanzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1A Nachweis über die Eintragung im Handelsregister oder Äquivalent nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift Ein Handelsregistrauszug oder Äquivalent (z.B. Partnerschaftsregister), gültig und nicht älter als 12 Monate oder entsprechende Angaben zum Unternehmen im Bieterbogen liegt als Anlage 1A diesem Bewerbungsbogen bei. Hinweis: Der Nachweis muss gültig und aktuell, d. h. nicht älter als 12 Monate, sein.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 3B: Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten: Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern anhand der eingereichten Referenzen.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Eignungskriteriums: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung: 3A1: Nachweis der Befähigung des für die Ausführung der Leistung verantwortlichen: Architekt/in = § 75 (1) VgV (Nachweis durch Kammereintrag). 3A2: Berufliche Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur (Nachweis durch Studiennachweis);

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Kriterium: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: Spezifischer durchschnittlicher Jahresumsatz
Beschreibung: 2B: Eigenerklärung über den Umsatz des Bewerbers: Erklärung über den Umsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Objektplanung gem. §§ 33 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz muss mindestens 500.000 EUR (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben. Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Punkte, genau): 1,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis / Honorar

Beschreibung: Preis / Honorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 25

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualität

Beschreibung: Kriterium: Art: Lösungsvorschlag Bezeichnung: Lösungsvorschlag /

Gewichtung: 50 %. Beschreibung: Lösungsvorschlag Gewichtung (Prozentanteil, genau): 50

Kriterium: Art: Fachlicher Wert und Qualität Bezeichnung: Fachlicher Wert und Qualität /

Gewichtung: 25 %. Beschreibung: Fachlicher Wert und Qualität Gewichtung (Prozentanteil, genau): 25

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 75

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 14/08/2026 23:59:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/e03a6cd1-41b8-4224-ba47-e26b54891289>

**5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe
Bedingungen für die Einreichung:**

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/e03a6cd1-41b8-4224-ba47-e26b54891289>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 19/08/2026 14:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 – 4 GWB unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. - schriftlich an das Postfach der Finanzbehörde (Postfach 30 17 41, 20306 Hamburg) - und zusätzlich per E-Mail (unterschiedener Nachprüfungsantrag als PDF-Dokument im Anhang) an das Funktionspostfach vergabekammer@fb.hamburg.de zu richten.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: SBH | Schulbau Hamburg

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: SBH | Schulbau Hamburg
Registrierungsnummer: 62f0f0af-9431-411a-8f96-be7b21daafb8
Abteilung: Einkauf/Vergabe
Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1
Stadt: Hamburg
Postleitzahl: 20355
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Einkauf/Vergabe
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Telefon: +49 40428236201
Fax: +49 40427310143
Internetadresse: <https://schulbau.hamburg>
Profil des Erwerbers: <https://schulbau.hamburg>
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Registrierungsnummer: 19a7d79f-4d82-4e82-ae5c-6ee7ea5df0b5
Postanschrift: Neuenfelder Straße 19
Stadt: Hamburg
Postleitzahl: 21109
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de
Telefon: +49 40428403230
Fax: +49 40427940997
Internetadresse: <https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/info/11725154/>
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: SBH | Schulbau Hamburg
Registrierungsnummer: 85b322a2-fc67-45d7-b38d-202dd3dddec4
Postanschrift: An der Stadthausbrücke 1
Stadt: Hamburg
Postleitzahl: 20355
Land, Gliederung (NUTS): Hamburg (DE600)
Land: Deutschland
E-Mail: VergabestelleSBH@sbh.hamburg.de
Telefon: +49 40428236201
Fax: +49 40427310143
Internetadresse: <https://schulbau.hamburg>
Rollen dieser Organisation:
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

a11a9614-d808-4f49-87ce-5831c5d04d54-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Im Rahmen des Korrekturzyklus wird im Abschnitt „Vergleichbares Leistungsbild“ der Referenzbewertung das Kriterium „Eine funktionale Leistungsbeschreibung wurde durch den Bewerber erstellt“ gestrichen. Die Streichung erfolgt vor dem Hintergrund der Klarstellung des ausgeschriebenen Leistungsbildes und dient einer eindeutigen und auftragsbezogenen Ausgestaltung der Referenzbewertung. Die Einreichfrist wird bis zum 19.08.2026 14:00 Uhr verlängert. In den Anlagen wird ein dahingehend angepasster Bewerber- und Auswahlbogen bereitgestellt.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 178116cc-c659-40d6-bff1-0b8dd7da4c9c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 10/08/2026 15:49:21 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 560009-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 154/2026

Datum der Veröffentlichung: 12/08/2026